

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 1.50 und 0.80 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 37.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bekannte 50 Pf. Beilagen unter 25 s je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 10 Hannover 67 37.

Nr. 233.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 6. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Kannst du es ändern,
gut, dann frage nicht
und geh und änder's!
Kannst du es nicht,
dann klage nicht
und hab den Mut
und geh und kender's!

Caesar Flaischlen.

Wien oder Straßburg?

Von Joachim Berge.

Ein trauriges „Jubiläum“ liegt hinter uns: Der Raub Straßburgs durch Frankreich mitten im Frieden vor 250 Jahren. Straßburg, die „wunderschöne Stadt“, war nicht nur eine der vielen vormaligen blühenden deutschen Städte, sondern Jahrhunderte lang neben Wien die erste Stadt des Reiches überhaupt. Deutsch, so lange es ein politisches Deutschland gibt, lag es einst mitten im Reich, fernab von allen Grenzen. Dann kam der französische Eroberungsdrang nach dem Osten, der Schritt für Schritt die Grenzen gegen Deutschland hinausdrückte. Im ersten Schmachfrieden, dem Gegenstück zu Versailles 1919, nämlich im Friedensdiktat von Münster und Osnabrück (1648), wurde das Elsaß entgegen dem Widerspruch des Landes und seiner Bewohner an Frankreich ausgeliefert, aber mit der ausdrücklichen Ausnahme Straßburgs. Erst 33 Jahre später holte sich Frankreich durch brutale Gewalt, was ihm gefiel.

In Wahrheit handelt es sich bei Straßburgs Raub im Frieden nur um ein Beispiel aus der Jahrhunderte langen Reihe französischer Rechtsbrüche und Eroberungen. In den häufigen Wechselfällen der französischen Geschichte blieb es sorgsam gepflegte Ueberlieferung aller französischen Herrscher Frankreichs und ihrer Gehilfen, Frankreichs Ostgrenze im Wege der Gewalt zu erweitern. Um Schlagmorte und Vorwände war die „Je de France“ nie verlegen. Einmal ging es um erbrechtliche Ansprüche, so dann für oder wider den Papst, bald zum Schutz der Glaubensfreiheit (die man im eigenen Lande ausgetilgt hatte), bald zur Ausbreitung von „Menschenrechten“ oder zur Hilfeleistung für gekaufte deutsche Renegaten, bald zur Wiederherstellung sogenannter „geschichtlicher Grenzen“ wie bei den berühmten Reunionskammern, bei denen Frankreich gleichzeitig Partei und Richter war, oder zur „Revanche“ für einen früher mißglückten Raubzug, oder endlich zur Erlangung einer „natürlichen“ Grenze. Und diese wurde ebenfalls je nach Bedarf gewechselt. Ursprünglich war es die Schelde und Rhone, dann die Maas, dann die Mosel, schließlich der Rhein. Diese „mußte“ man wieder durch Brückenköpfe „strategisch sichern“ usw.

Als Bundesgenosse wurde dabei Skrupellos gewählt, wer die Deutschen von der anderen Seite her beunruhigen konnte. Jahrhunderte lang waren es die Türken, die der „allerchristlichste“ König von Paris her gegen das Reich aufbeugte, ein anderes Mal Polen, Schweden, Russen, seit 1917 Tschechen, Polen und Serben. Fast stets trug ein Krieg, ein Raubzug, ein Friedensbruch den Franzosen Landgewinn ein. Scholle um Scholle, Dorf um Dorf, Stadt um Stadt ging dem Reich verloren und wurde teils französisch, teils „neutralisiert“, d. h. von Frankreich abhängig. Burgund, „französisch“ Flandern (Rousselville), Westlothringen, Wallonien, Flandern, die Niederlande, die Schweiz, Luxemburg, Ostlothringen, das Elsaß — immer wieder griff Frankreichs Hand nach weiterem Reichsboden.

Jahrhunderte lang hat sich Deutschland dadurch verblüffen lassen. Sobald ein Gebiet französisch wurde, war es, als ob ein eiserner Vorhang niederfiel. Das französisch gewordene Land war für das Binnendeutschum regelmäßig erledigt. Michel fabelte von „mittleren Linien“ und ließ sich immer wieder von Versöhnungsreden einschläfern. Frankreich schöpfte daraus die Kühnheit zu neuen Eroberungsplänen und Eroberungen und rückte die „strittigen Zonen“ kurzerhand immer mehr nach Osten. Heute stehen die Franzosen nicht nur wieder in Straßburg, sondern auch an der Saar, gebieten mittelbar über Eupen-Malmédy und Tausende von Vierteltkilometern des deutschen Ostens und Südostens.

Vor 250 Jahren, als Frankreich nach Straßburg griff und auf französisches Betreiben die Türken vor Wien standen, lautete die Frage für Deutschland noch: „Straßburg oder Wien?“. Heute wehen stolzer denn je auf Straßburg welsche Fahnen, und gerade jetzt hat man uns verboten, nach Wien auch nur zu schauen. . . .

Straßburgs Raub vor einem Vierteljahrtausend war und ist somit Ausfluß einer französischen Gesinnung, die heute noch herrscht und im Zeichen der Unfriedensdiktate von 1919 die Beißel über Europa nicht weniger brutal schwingt als seinerzeit im Zeichen der Unfriedensdiktate

von 1648. Der Versuch von Locarno, einen Schlußstrich unter die deutsch-französischen Reibungen vieler Jahrhunderte zu setzen, hätte danach nur Erfolg haben können, wenn Frankreich sich entschlossen hätte, mit seinem Kardinalfehler zu brechen, nämlich die Eier, die Ostgrenze weiter hinauszuschieben. Das ist — wie jeder Tag Saarpolitik zeigt — heute noch nicht der Fall und wird nach der wirtschaftlichen Zugrunderichtung Mitteleuropas, wie sie Frankreich so unheimlich erfolgreich betreibt, noch weniger der Fall sein.

Die Erinnerung an Frankreichs Raub im Frieden ist daher ein flammendes Warnungszeichen, den glatten und nichtsagenden Friedensworten aus dem Westen nicht wieder leichtgläubig zu vertrauen. Wer wahren Frieden mit Frankreich will — und wer wollte das nicht? — wird von Frankreich nur eines wünschen und fordern: Friedensstaten!

Was bedeutet der Abbau von 6000 Junglehrern für unsere Volksschule?

Von W. Steinmann, Rheinhafen.

Die Abbau- und Sparmaßnahmen der preussischen Staatsregierung sind nicht von jenem pädagogischen Gewissen geleitet, das allein imstande ist, auch in wirtschaftlichen Notzeiten, die Ersparnisse in allen Ressorts zur Folge haben, Wege zu finden, die trotz zwangsläufiger Sparsamkeit die erzieherischen Belange des heranwachsenden Volkstums sicher stellen.

Könnte hinsichtlich des preussischen Bildungswesens der Spargedanke keine anderen Wege finden, als nur den Weg, der die Bildungsmittel unserer Jugend tödlich bedroht? Dem deutschen Lehrerstand nimmt man die ganze Fülle der Jugendkraft, die gerade dieser Stand und besonders die Jetztzeit unbedingt braucht.

Alle pädagogischen Ideale wurden in ihrer Neugeltung vor allen Dingen von der Jugend erfasst, ausgewertet und in der Lebenswirklichkeit erprobt. Die Bildungs-ideale der Renaissance und Reformation, des Pietismus und der Aufklärung, die Gedanken eines Pestalozzi und eines Fichte, eines Schleiermachers und eines Kant bis in die pädagogisch bewegte Welt der Jetztzeit hinein — sind von dem jungen Erziehergeschlecht warm erfasst, liebend gehegt und mutvoll verteidigt worden.

In der Reaktion des jugendlichen Enthusiasmus liegt die Triebfeder für den Kampf der Meinungen, ohne die eine gesunde Pädagogik nicht bestehen kann. Die jugendlichen Kräfte, die ohne alle anderen Bindungen nur der Schule leben können, sind es insonderheit, die in reifloser Aufopferung neue Ideen in die Tat umsetzen und damit auf dem Felde der pädagogischen Versuche Pioniere des fortschreitenden Volksschulunterrichts werden.

Auch unsere Zeit vollzieht mit Riesenschritten eine Abkehr vom industriell-kapitalistischen Wirtschaftssystem und gestaltet, gleichermäßen umwälzender, eine neue Zeit, die mit ihren in Wandlung begriffenen Strukturen auch die Erziehungs-ideale neu formt.

Mit der beschleunigten Geschwindigkeit der Gravitationskraft führte die Verabsolutierung der Vernunft zur Revolution von 1789, die einseitig durchgeführte Lösung des materiellen Fortschritts zum Weltkrieg und die Anbetung der Technik zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die den Menschen so ganz arm macht, so arm, wie er noch nie in der Menschheitsgeschichte gewesen ist, indem sie ihm alles raubt, selbst die Möglichkeit zur Arbeit, zum Erwerb. Eine geschichtliche Reihe zwangsläufiger Folgewirkungen im rückwärtslosen Nacht- und Erwerbsstreben ist in sich bis zur Katastrophe der Gegenwart durchgeführt. Wir stehen in einer der größten Krisen der deutschen Geschichte, in einer Wandlung, die von radikaler Umkehr noch verschiedener ist als die des 16. Jahrhunderts. Die Industrie, die seinerzeit Napoleon als neues Gut nannte, die aber einen Goethe schon in ihren Anfängen mit tiefer ahnender Sorge erfüllte (Wilhelm Meisters Wanderjahre), hat durch den Fortschritt der Technik, durch die Herrschaft des Geldes, durch die Folgen des Weltkrieges (Zollschranken, Mißtrauen der Völker gegeneinander, Auspöderung Deutschlands, Auflösung Frankreichs) Millionen von sich gestoßen, sie brot- und arbeitslos gemacht. Jedes innerlich gesunde Volk findet ebenso wie ein widerstandsfähiger Organismus in der Krise selbst die Heilmittel zu ihrer Ueberwindung.

Wenn in mancher Gemeinde die Hände, der Untätigkeit überdrüssig, sich regen, um mit scharfer Hacke und kräftigem Spaten aus hartgetretenem, verwildertem Boden fruchtbare Gartenerde zu schaffen, dann haben diese Männer und Frauen instinktiv den Weg erkannt, der einzig und allein aus der Krise führen kann, den Weg zurück

zum Boden. Nicht in dem Sinne soll das gemeint sein, daß nun jeder Industriearbeiter Landwirt werden soll, sondern das ist der Sinn dieser Rückkehr, daß jeder an der Maschine Tätige daheim eine Klein- und Kleinstflucht sein eigen nennt, die es ihm ermöglicht, neben seiner 40 Stunden-Wochensicht, die ihn allein nicht auskömmlich ernähren kann, in nervenstärkender Garten- und Feldarbeit den Bedarf für Stall und Küche zum größten Teil selbst zu schaffen. Solche lebensfrohe, nimmermüde Frauen und Männer in unserem deutschen Volke groß werden zu lassen, soll künftig das große neue Bildungs-ideal unserer Volksschulen werden.

Ihr Ziel kann nie mehr eine nur unvollständige oder elementarisierte wissenschaftliche Bildung sein; die Vermittlung von Wissen und Bildung ist Sinn und Inhalt unserer neuen Bildungsarbeit. Das Ziel entspringt nicht dem Gedanken einer allseitigen Uebermittlung der wichtigsten Kulturgüter, sondern es liegt in den Ideen der Heimat, des Volkstums und der Arbeit begründet. Dementsprechend müssen auch Arbeit und Methode in der Volksschule neu gestaltet werden. Hart ist die Zeit, die aber darum von den Kindern höchste Selbsttätigkeit und Selbstständigkeit in der Bildungsarbeit erfordert.

Die Pädagogik des Pestalozzi, Neuhof, Stanz und Burgdorf, die der große Schweizer die Pädagogik der Armut nannte, die der Hilfe zur Selbsthilfe, muß auch unsere künftige Bildungsarbeit gestalten. Diese „Pädagogik der Armut“ ist keine Neubelebung der preussischen Reputation von 1854, keine Pädagogik der Reaktion zur preussischen Unteroffizierschule, wie sie viele unserer Zeitgenossen heimlich im Schilde führen, sondern eine Pädagogik, die, wie die Pestalozzi, in den Tiefen des wahren Menschentums wurzelt und daraus eine Erziehung zur Tat gestaltet, zum entschlossenen, mutvollen Tun eines Volkes, das von allen verlassen, nur allein auf sich selbst gestellt ist.

Eine solche Tatpädagogik ist unerlässliches Gebot der Stunde. Von ihr hängt alles ab: Aufstieg oder Vernichtung. Sie erfordert aber jugendliche Spannkraft, ungebrochenen Mut und ganze Hingabe. Und nun die große Tragik. In dem Augenblick, wo die Not der Zeit der Volksschule diese ungeheuer schweren Probleme, an denen selbst ein Pestalozzi scheiterte, in den Schoß wirft, nimmt man ihr die Jugendkraft aus ihrem Bildungskörper heraus: 6000 Junglehrer, jene Kräfte, die im dritten Jahrzehnt ihres Lebens stehen, in der Zeit, wo der Mensch die großen neuen Aufgaben am besten erfährt, wo er die größte Kraft in sich verspürt, sich dem großen Neuen zu widmen und es gegen alle Widerstände durchzuführen.

Wir stehen in der Gefahr, daß unsere Pädagogik vergrößert, daß sie nicht Schritt halten kann mit dem, was die Gegenwart an neuen Erziehungsaufgaben stellt, daß die Jugend ihre Berufung nicht erfährt, daß die Zeit ein Geschlecht vorfindet, welches sie nicht meistern kann.

Darum noch einmal: Gibt es keinen anderen Weg, an den Bildungsmitteln unseres Volkes zu sparen, als nur den, der für Volk und Staat tödliche Gefahren in sich birgt?

Lehrerschaft und Notverordnungen.

In einer Berliner Zeitung erschien jüngst ein erregter Artikel, in dem der Verfasser gegen die neueste Notverordnung und gegen die Regierung Stellung nimmt.

Der Artikel: „Die Sünde an der Jugend (an Kindern und Lehrern — das Unrecht der Notverordnungen)“ vom 19. 9. 1931 darf wegen seiner nahezu agitatorischen Stimmungsmache kollektalerseits nicht unwidersprochen bleiben. Der „Enthusiasmus“, von dem der Verfasser spricht, hält bekanntlich in keinem Beruf lange vor, nur Selbstdisziplin und unbeirrte Pflichterfüllung, Entbehrung und Wissen bringt ein Volk, eine Familie, wie den Einzelnen vorwärts. Wie kommt denn Pestalozzi, der „große Reformator“, in diesen Zusammenhang? Gerade das Beispiel dieses „Vaters der Armen“, der nicht seine Ehre noch seinen Vorteil vor hundert Jahren suchte, paßt schlecht in diesen Rahmen hinein. Droht unserer Lehrerschaft an höheren wie mittleren und Volksschulen nicht stark die Gefahr der Veräußerlichung? Ist die Einheitschule nicht erreicht worden? Hat nicht die Errichtung der pädagogischen Akademien unter schweren Staatsopfern dem Vorwärtstreben und damit den Bildungsbedürfnissen unserer Zeit schwerste Opfer gebracht? Und nur Protestversammlungen antworten! Was muß ein Arbeitsloser aus der Handarbeiterzunft über all dieses nahezu krankhafte Protestieren gegen den Staat denken? Was hat dies alles mit unserer Schulfugend zu tun? Wir sollten als Volks- und Jugendbildner für den Staatsgedan-

ken, der in schwerer Krise sittlich wie wirtschaftlich um seine Existenz ringt, doppelt arbeitend und schweigend in der Stunde der Not auf unserem Posten stehen und nicht als Konjunkturpädagogen um Gehalt und Stundenzahl markieren, protestieren und feilschen!

Allzu leicht erfüllt unser Schulwesen und ihre Vertreter ein allzumodernes sogenanntes Fassadengesicht mit Lippenstift und Puderquaste, das auf Jugend und Volk nicht überzeugend, vielmehr mondän und alltäglich wirkt. Es geht ums Ganze in unserem Volke und in unserer Jugend; und darum mehr Beherrschtheit und Besonnenheit in Wort und Beispiel! „Wer in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel“, so warnt Goethe in „Hermann und Dorothea“ in der Erinnerung an die französische Revolution vor mehr als hundert Jahren seine Zeitgenossen!

Unsere Lehrerschaft aber soll in all ihren Gliedern und Vertretern ein sozialer Gewissenshebel sein und bleiben. Sie muß Opfer bringen wie alle anderen Berufsstände, sonst verliert sie das Vertrauen des Volkes und der Jugend. Fort darum in dieser opferreichen Krisenzeit mit dem unwürdigen Gedanken: Ein Quentchen Agitation wiegt mehr als tausend Zentner stiller, pflichttreuer Arbeit! Das ist Marktschreierei und Feilschen, nicht Aufbauen in schwerster Staatskrise. Freilich: „Die Freiheit und das Himmelreich gewinnen nicht die Galben!“ (E. M. Arndt.) Halten wir um der Jugend willen den Staatsgedanken hoch durch unser Beispiel der Entbehrung und des unbeirrten Pflichtbewußtseins! Die Fragestellung hätte wohl richtiger gelautet: „Unsere Sünde an der heutigen Jugend!“ ... Dr. E. Eg.

Einige Bemerkungen zu dem Brief aus Baden.

Der Berichterstatter, der dem Aufwärts die Briefe aus Baden schreibt, meint in seinem letzten Bericht, durch die nunmehrige Berufung des Rostocker Professor D. Renatus Hupfeld nach Heidelberg als Ordinarius der praktischen Theologie und Leiter des praktisch-theologischen Seminars sollte jetzt der Friede auf diesem Gebiet auch für Heidelberg wiederhergestellt sein.

So unklar der ganze Abschnitt in dem Brief aus Baden gehalten ist, so kann der Leser aus obigem Satz doch erkennen, daß der Friede auf dem Gebiet der Berufungen an die Heidelberger Theologische Fakultät erheblich gestört war oder vielmehr noch gestört ist. Und zwar gilt dies vom Frieden zwischen Kirche und Staat, wie innerhalb der Kirche zwischen den Gruppen der Rechten und der Linken.

Was zunächst die Spannung zwischen Kirche und Staat angeht, so ist dazu Folgendes zu bemerken. Es besteht eine alte Forderung, nach der bei Berufungen von Theologieprofessoren für Heidelberg der Kirchenpräsident vom Ministerium zu befragen ist und die Interessen der evangelischen Kirche zu wahren hat. So lange die Linke das Steuer der Kirche in Händen hatte, gab es da keine Spannungen. Nachdem aber das Blatt in der badischen Kirche sich gewendet hatte, ist es anders geworden. In Heidelberg waren von 6 Ordinariaten 5 nicht positiv besetzt. Da wurden fast gleichzeitig durch Todesfall und Zuruücksetzung 3 Stellen frei. Gewiß eine günstige Gelegenheit, der kirchlichen Rechten in Händen hatte, gab es da keine Spannungen. Nachdem aber das Blatt in der badischen Kirche sich gewendet hatte, ist es anders geworden. In Heidelberg waren von 6 Ordinariaten 5 nicht positiv besetzt. Da wurden fast gleichzeitig durch Todesfall und Zuruücksetzung 3 Stellen frei. Gewiß eine günstige Gelegenheit, der kirchlichen Rechten in Händen hatte, gab es da keine Spannungen.

Das Arbeitslager der Leipziger Studentenschaft.

180 Studenten kanalisieren einen Bach in D.-S.
Vier Wochen im Schlamm der Straduna.

Im südlichen Teil Oberschlesiens fließt ein kleiner, unscheinbarer Bach, die Straduna. Aber oft im Frühjahr tritt er aus den Ufern und gleicht dann einem reißenden Fluß, der alles, was nicht fest und nagelfest ist — und oft auch das noch — mit sich fortreißt und besonders die Gemauerungen der drei Dörfer Jakobsdorf, Militsch und Teschenau fast regelmäßig unter Wasser setzt, verwüstet, und in Militsch den Kleinbauern in die Häuser und Ställe dringt, wofür ein weggerissener Straßendamm und eine Notbrücke stumme Zeugen sind. Um dem abzuwehren, gründeten die drei Gemeinden eine Wassergenossenschaft, die für die Verhütung der Hochwasserzerstörungen durch Regulierung des Bachbettes sorgen sollte. Ein Projekt wurde ausgearbeitet, aber — es fehlte an Geld für die Arbeitslöhne. Freiwillige Kräfte wurden also gebraucht, auf deren Hilfe die Gemeinden angewiesen waren, und auf die sie nun warteten ...

Da sprang die Leipziger Studentenschaft ein. Angeregt durch die Arbeitskolonien der Schweizer Studentenschaft suchte sie auch in Deutschland der wirtschaftlich schlecht gestellten Landbevölkerung dort, wo es besonders not tat, praktische Hilfe zu schaffen. Man hörte in Leipzig von dem Plan der Wassergenossenschaft und es wurde zunächst geprüft, ob durch freiwilligen Arbeit Arbeitslosen der betreffenden ober-schlesischen Gemeinden Verdienstmöglichkeiten entzogen würden. Da das aber nicht der Fall war, sondern im Gegenteil zwanzig Arbeitslosen aus der Umgebung der drei Dörfer (die an Zahl für das Projekt zu gering waren, aber in einer größeren Freiwilligengruppe gegen Lohn beschäftigt werden konnten) erst durch den Einsatz freiwilliger Arbeit und Verdienst geschaffen wurde, rief der Leipziger Allgemeine Studentenausschuß seine Kommilitonen auf, sich in den Seme-

keit und des kirchlichen Friedens einfach übergegangen. Bei der praktischen Professur wurde die Sache noch schlimmer. Nachdem die Berufung einer Persönlichkeit, die sowohl die warme Befürwortung des Kirchenpräsidenten wie der Führer der kirchl. Rechten hatte, mißlungen war, wurden wieder zwei Männer nacheinander berufen, von denen die Heidelberger Fakultät mußte, daß sie weder dem Kirchenpräsidenten noch der kirchlichen Rechten erwünscht sein konnten. Als beide schließlich abfragten, sprach sich der Kirchenpräsident für D. Gandt in Berlin aus. Gegen diesen wurde nun sogar in der Presse mobil gemacht; man könne dem Staatsministerium nicht zumuten, einen „Konvertiten“ als evangelischen Theologieprofessor nach Heidelberg zu berufen! Prompt erklärte dann auch das überwiegend aus Zentrumsleuten bestehende Staatsministerium D. Gandt für unerwünscht. Daß da keine staatspolitischen, sondern lediglich parteipolitische Gründe den Ausschlag gaben, liegt auf der Hand. Das Staatsministerium hat auch, trotz Anfrage, sich über seine Gründe ausgesprochen. Die weiteren Berufungsverhandlungen gingen nun vor sich ohne Befragung des Kirchenpräsidenten. Ja, derselbe wurde von der Berufung Professor Hupfelds nicht einmal amtlich benachrichtigt. Das heißt in Baden werden jetzt Theologieprofessoren, wenigstens evangelische, von Dissidenten und Katholiken berufen ohne Befragung der Kirche. Das sind unhaltbare Zustände, mag der Berufene sein und heißen, wie er will.

Daß man auch auf Seiten der kirchlichen Rechten nicht die geringste Ursache hat, eine große Befriedigung über diesen Lauf der Dinge zu empfinden, wird man verstehen. Wir wünschen alle gar sehr in dieser so ernsten Zeit und in einer für die Kirche höchst gefährlichen Lage den Frieden in der Kirche. Aber wir wissen, daß ein wirklicher Friede nur möglich ist auf dem Boden der Gerechtigkeit. Dieser aber wird den Positiven in Heidelberg bis jetzt verweigert. Dahin gehört auch die völlig grundlose Zurückweisung des Habilitationsgesuches des Unterzeichneten und anderes. Die Berufung von Professor Hupfeld kann gewiß, trotz der für uns Positiven wenig erfreulichen Begleitumstände einen wesentlichen Fortschritt zu dem von uns erstrebten Ziel des auf Gerechtigkeit sich gründenden kirchlichen Friedens in unserm Land bedeuten. Wir würden uns sehr darüber freuen. Aber darüber täusche sich der badische „Briefschreiber“ nicht, mit dieser Berufung allein ist all die Bitterkeit über widerwärtiges Unrecht nicht ausgelöscht.

D. Destrécher.

Die neue Notverordnung.

— Berlin, 5. Oktober

Wie man hört, soll die vom Reichskabinett ausgearbeitete neue Notverordnung Dienstag oder Mittwoch der Öffentlichkeit übergeben werden, nachdem sie am heutigen Montag den Landesregierungen zur Kenntnis gebracht worden ist. Der Zweck der darin enthaltenen Maßnahmen ist die Festigung der deutschen Finanzen und der Wirtschaft. Ob dieses Ziel mit den in Aussicht genommenen Anordnungen freilich erreicht werden kann, wird sich erst ergeben lassen, wenn man von der neuen Notverordnung mehr kennt, als die Ueberschriften ihrer einzelnen Titel.

An Umfang dürfte die Winter-Notverordnung alle früheren weit hinter sich zurücklassen, soll sie doch etwa 30 Punkte behandeln. Die wichtigsten darunter sind die Verordnung über Pensionsveränderungen, die Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, die Umschuldung der Länder und Gemeinden, die Herabsetzung der Hauszinssteuer, die Verordnungen über die ländliche Siedlung und die Erwerbslosenführung, Bestimmungen über die Verhinderung von Kapitalfliehleistungen und schließlich eine Verordnung über die Einsetzung von Sondergerichten zur Bekämpfung politischen Terrors. Eine weitere Verordnung soll daneben die Regelung der Gehaltsbezüge in der Privatindustrie betreffen.

Interferenzen für das Wohl jener Gemeinden ohne Entgelt einzusehen. Der Ruf verhallte nicht, denn in den ersten Augusttagen zogen 180 Leipziger Studenten nach dem deutschen Osten, um dort ihre Pflicht notleidenden Bauern gegenüber zu tun.

Im Zeichen der Grenzlandfahne.

Weit ab von allem Großstadtlärm und rauchenden Fabriksschloten, 15 Kilometer von der nächsten Bahnstation, etwa 15 Kilometer von der tschechischen und 25 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt liegt das kleine Dorf Teschenau, in dem der Trupp Studenten Unterkunft fand. Sie waren in Kameradschaften zu etwa 10 Mann eingeteilt. Ein verlassenenes Landhaus, in dem sich die Räume der gesamten Lagermannschaft, das Lesezimmer (Zeitschriften und fast alle großen Tageszeitungen Deutschlands) und das „Stabsquartier“ befanden, bildete den Mittelpunkt des Lagers. Drei Gruppen schliefen noch hier, im übrigen waren die Kameradschaften auf die einzelnen Gutshöfe und das Gasthaus verteilt. Mit einem Schlag war die Einwohnerzahl des Dorfes um das Doppelte vermehrt. In fast jedem Bauernhaus lagen auf dem Oberboden etliche Strohsäcke, die den Studenten als Bett dienten. Es wurde in dem sonst so ruhigen Ort auf einmal lebendig; morgens und abends wurde zum Wecken und Zapfenstreich geblasen; 2 Gulaschkanonen rauchten täglich und wurden von den Dörflern bemunbert. Leute in Arbeitschößen und klappenden Schaffstiefeln pfiffen und sangen Studentenlieder die Dorfstraße hinauf, den Spaten oder die Wurzelhacke auf den Schultern. Und über dem Ganzen wehte die Fahne der Grenzlandfahrer, das schwarze Balkenkreuz auf weißem Grund, unter der die Ordensritter einst auszogen, um den Osten zu besiedeln. Oft haben wir unter ihr in Ernst und Frohsinn zusammengeessen und den Worten grenzdeutscher Männer, die zu uns kamen, zugehört, und allabendlich versammelte sich unter ihr die Lagermannschaft vor ihrem Führer zum Appell. „Nach Ostland wollen wir ritten, nach Ostland wollen wir ziehn, wol über die arline Heiden, da ist es schön.“

Sachlich gibt diese Aufzählung wenig Auskunft; die Mutmaßungen aber, die über die neue Notverordnung angestellt werden, franten daran, daß der Phantasia ein zu großer Spielraum gelassen worden ist, und dementsprechend lauten sie nicht sonderlich bestimmt. Immerhin rechnet man jetzt damit, daß die Senkung der Hauszinssteuer, die die neue Notverordnung bringen dürfte, fürs erste sich kaum auf die Mieten auswirken wird und nur für die Erhöhung der Zinsen von Aufwertungshypotheken einen Ausgleich bringen soll. Da der Zinsfuß der Aufwertungshypotheken am 1. Januar von 5 auf 7½ Prozent steigt, müßte die Hauszinssteuer, wenn sie diese Erhöhung ausgleichen soll, mindestens um 15 Prozent gesenkt werden. Erst Ermäßigungen über diesen Satz hinaus würden sich in den Mieten auswirken.

Was nun die Beteiligung des Reiches an den kommunalen Wohlfahrtslasten betrifft, sollen dafür etwa 170 Millionen Mark bereitgestellt werden. In Prozenten ausgedrückt, würden damit die Gemeinden für rund 28 Prozent ihrer Wohlfahrtsausgaben Reichszuschüsse erhalten. Hinsichtlich der Form für die Durchführung der Reichsbeteiligung hatte Reichsfinanzminister Dietrich ursprünglich einen Vorschlag gemacht, nach dem die Kommunen, die mehr Wohlfahrtsausgaben als 50 Prozent des Reichsdurchschnitts ihrer Ortsklasse haben, einen bestimmten Betrag pro Kopf des Wohlfahrtsunterstützten erhalten sollen, was etwa 300 Mark pro Kopf und Jahr ausmachen würde. Dagegen hat sich aber Preußen anscheinend mit Erfolg gewandt, so daß nun ein Mittelweg gewählt wird, indem 80 Millionen den Ländern zur reinen Dotation überwiesen werden, während der Rest nach dem Dietrichschen Schlüssel verteilt wird.

Für die kommunale Umschuldung soll eine Umschuldungsstelle gebildet werden, der Vertreter des Reichsfinanzministeriums und des Reichsbankdirektoriums sowie der kommunalen Spitzenverbände angehören sollen. Diese Umschuldungsstelle, der angeblich weitgehende Befugnisse gewährt werden, soll als Vermittlerin zwischen Gläubigern und Schuldnern dienen und so einen Anstoß erleichtern. Die Umschuldung selbst soll so gehandhabt werden, daß die Gemeinden einen Teil ihrer Schuld in Ratenzahlungen und verteilt auf mehrere Jahre abgeben und für den Rest der Schuld ihren Gläubigern Obligationen anbieten, die von einem Konsortium ausgegeben werden, das von der Deutschen Girozentrale und von der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken geführt wird. Aber auch das sind Mutmaßungen, so daß man auch in diesen Fragen die Bekanntgabe der Notverordnung vor der Urteilsfällung abwarten muß.

Wenn somit alle Angaben über den Inhalt der neuen Notverordnung einen Unsicherheitsfaktor enthalten, so ist die Gewissheit am größten hinsichtlich der Maßnahmen, die die Notverordnung nicht enthalten wird. So wird sie insbesondere keine Bestimmungen über die Auflockerung des Tarifwesens enthalten. Von sozialdemokratischer Seite ist das als ein Erfolg des Eingreifens der Gewerkschaften hingestellt worden. In den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen betont man dagegen, der Reichstagsler sei von Anfang an entschlossen gewesen, die Frage der Auflockerung des Tarifwesens nicht in dieser Notverordnung zu regeln, weil er über diese Frage noch mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften Fühlung nehmen wollte. Diese Konferenz wird nunmehr für Mitte dieser Woche erwartet.

In der Frage der Arbeitslosenversicherung ist inzwischen eine Neuordnung seitens der Versicherungsanstalt selbst getroffen, indem die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 Wochen begrenzt hat. In Ergänzung dazu sollen die Dauer der Krisenfürsorge allgemein um sechs und für Saisonarbeiter um vier Wochen verlängert werden.

7prozentige Lohnkürzung auch im sächsischen Steintohlenbergbau. Nach einem solchen gefällten Schiedsspruch werden im sächsischen Steintohlenbergbau die Löhne mit Wirkung vom 8. d. Mts. um 7 Prozent gesenkt. Die Arbeitgeber haben die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Die Arbeit.

„Schlamm Heil“ am Vormittag von 6 bis 13 Uhr! Gearbeitet wurde an jedem Werktag 7 Stunden; die Nachmittage und Sonntage waren arbeitsfrei. Bereits früh um 5 Uhr ertönte das Wecksignal. Schon eine halbe Stunde später versammelten sich alle Kameradschaften auf dem Dorfplatz und zogen von dort aus „immer mit frischem frohen Mut“ der Arbeitsstätte zu. Es mußte zunächst der Hauptvorfluter, das Wichtigste am ganzen Projekt, in Angriff genommen werden, den herzustellen überhaupt unsere Aufgabe war. Ein Kulturingenieur des Kulturbauamtes Oppeln leitete die gesamte Arbeit und setzte auf einer Strecke von über einem Kilometer die Studenten kameradschaftsweise hintereinander ein. Jeder der Gruppe waren ein bis zwei Arbeitslöhne zugeteilt und mehrere Gruppen standen unter der Leitung von Schachtmeistern, die ebenfalls das Kulturbauamt Oppeln gestellt hatte. Es galt nun, das Bachbett zu vertiefen und zu verbreitern. Aber ehe die eigentliche Schachtarbeit begonnen werden konnte, mußten knorrige Uferweiden abgeholzt und streckenweise auch Schluff abgebrannt werden. Dann ging es ans Ausgraben. Der oberste Bodenschicht war verhältnismäßig leicht beizukommen, aber je tiefer man stach, um so weicher wurde der Boden, um so mehr drang Wasser an der Grenze einer undurchlässigen Lössschicht nach: Schlamm, Schlamm und wieder Schlamm. Das war die schlüpfrige Basis, auf der stehend man Rot hatte, beim Spatenwurf nicht das Gleichgewicht zu verlieren! Oft standen wir bis über die Knie im Schlamm und Wasser, und trotz der hohen Stiefel wurden die Füße naß. Selbst die geleerten Arbeiter verfrachteten uns, in folchem Schlamm noch nicht gearbeitet zu haben. Dazu wurde das Wetter von Woche zu Woche schlechter, daß auch noch die sogenannten Zugangswege“ völlig verschlammten. Wasser von unten und oben! Aber: Heiß! Mit diesem Kampfschrei und dem nötigen Humor rühte man dem mit Schlingengewächsen durchzogenen Rehm weiter auf den Leib, bis die nötige Tiefe und Breite erreicht war. Außerdem mußten Rasenstücke zum Auslegen der bereits fertigen Böschung gestochen und heran-

Der Korridor.

Gerüchte über die Ausarbeitung eines amerikanischen Entwurfs für einen Sicherheitspakt.

— Washington, 5. Oktober

Im Staatsdepartement der Vereinigten Staaten herrscht in den letzten 24 Stunden große Geschäftigkeit. Senator Morrow, der bei Abrüstungsfragen von der Regierung oft zu Rate gezogen wird und der zu Beginn dieses Sommers im Auftrag des Präsidenten Hoover Besprechungen in dieser Richtung in London und Paris führte, ist nach Washington gerufen worden. Er blieb sieben Stunden im Arbeitszimmer Stimson's, der außerdem den Generalsekretär der amerikanischen Abordnung zur Genfer Konferenz, Moffat, ferner den Referenten für Westeuropa und den Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung hinzugezogen hatte.

Ueber den Gegenstand der langen Beratungen wird tiefstes Stillschweigen gewahrt. „Baltimore Sun“ erfährt jedoch aus angeblich guter Quelle, daß man in Vorbereitung des Besuchs Laval's den Entwurf eines Sicherheitspaktes ausgearbeitet habe, der entsprechend den französischen Wünschen weitergehe als ein bloßer Konsultativpakt.

Dieser Plan solle es Frankreich und Polen ermöglichen, Abstriche bei ihren Landheeren vorzunehmen und einer den deutschen Wünschen entgegenkommenden Regelung der polnischen Korridorfrage zuzustimmen, damit diese „offene Wunde“ endlich geheilt und im Osten Europas das Gefühl stabiler Verhältnisse hergestellt werde, was, wie Stimson nach seiner Rückkehr aus Europa mehrfach betonte, eine der wichtigsten Vorbedingungen für den Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz darstelle.

Diese Meldung ist geeignet, größtes Aufsehen zu erregen, berührt sie doch in der Tat eine sehr wunde Stelle Europas, nämlich die Zweiteilung des deutschen Reichgebietes im Osten. Ob aber hier eine gerechte Revision von den Vereinigten Staaten ernsthaft ins Auge gefaßt worden ist, das ist aus der Darstellung der Zeitung „Baltimore Sun“ noch nicht zu ersehen.

Kein Sicherheitspaktvorschlag Hoovers.

— New York, 4. Oktober. Das von Berliner Zeitungen wiederergebene Gerücht, wonach Hoover Laval den Entwurf eines neuen Sicherheitspaktes unterbreiten wolle, der auch die deutsche Ostgrenze einschleife, ist in Washington mit starkem Befremden und unglaublichem Kopfschütteln aufgenommen worden. Hoover und Laval, so erklärte man dort, würden als verantwortliche Führer ihrer Nationen, die gegenwärtig die Schlüsselstellung in der Weltlage einnehmen, zweifellos versuchen, eine gemeinsame Grundlage zur Lösung der akuten Probleme (Kriegsschulden, Abrüstung, Goldverteilung und Warenaustausch) zu finden und dabei sicherlich auch den Plan einer umfassenden internationalen Konferenz besprechen. Angesichts der unbeugsamen Kongressopposition gegen jede politische Bindung Amerikas an Europa sei es jedoch höchst unwahrscheinlich, daß Hoover mit einem Sicherheitspaktvorschlag hervortreten werde, um dagegen französische Zugeständnisse in der Frage der Abrüstung und der Kriegsschulden einzuhandeln.

Lord Reading fährt nach Paris.

Die Ministerreise, die mit dem Wochenendbesuch des deutschen Reichskanzlers in Chequers einheuten, hängen sich. Wie verlautet, trifft am Mittwoch in Paris der englische Außenminister Lord Reading ein, um mit Ministerpräsident Laval und Briand über die politischen und finanziellen Fragen zu verhandeln, die bei den Besprechungen Laval's mit Hoover im Vordergrund stehen dürften.

Die Einladung an Lord Reading ist von Laval und den Ministern Briand und Poincaré ausgegangen.

getragen werden. Die schwierigste Arbeit war das Packentragen. Etwa 12 Meter lange Kiefernfaschinen mußten auf den Schultern zum Bach herangeschleppt werden. Völlig mit Schlamm bespritzt kehrte man nach der Arbeit ins Dorf zurück und wusch sich in — Schweinetrüben, die jetzt die Funktion von Waschbecken übernommen hatten. Alles in allem: Es war schwere Arbeit; aber sie ist geschafft worden, und zwar von Gliedern aller Fakultäten, von Theologen und Medizinem, Naturwissenschaftlern und Philosophen, Technikern und Sprachwissenschaftlern, Verbindungsstudenten und Freistudenten. Ein Besucher des Lagers schreibt in einer oberflächlichen Zeitung über unsere Arbeit folgendes: „Der erste Eindruck konnte bei einem unvorbereiteten Besucher eine gelinde Gänsehaut hervorrufen. Da standen die jungen Menschen in dem zähen Schlamm des mehr als meterhoch ausgeworfenen Grabens. Sie versanken buchstäblich im Dreck des Baches. Jeder in langen Stiefeln... vielen der wettergebräunten Gestalten sah, als sichtbares Zeichen der Herkunft aus einem andern Lebenskreis, die Hornbrille auf der Nase. Dabei glich das Herumbewegen in dieser Schlamm- und Wasserflut oft einem buchstäblichen Festkleben am Boden. Vorwärtsschreiten? ... Das ging wenigstens erst dann, nachdem der einzelne Stiefel an der Strickle aus dem Schlamm herausgezogen war.“ Man war eben in der Straduna!

Die weitere

Tageseinteilung

oerließ wie folgt: 2 Uhr wurde zu Mittag gegessen, und danach legte man sich aufs Ohr. Die Mäden pennten... bis 5 Uhr zum Kaffee. Gewöhnlich dann Freizeit bis zum Abendbrot oder man kam zum Singen, Sport oder Vorträgen zusammen oder schlenderte durch die Umgebung. Nach dem Abendessen mußten alle zum Appell erscheinen. Der Plan für den folgenden Tag und anderes Wichtige wurde vom Lagerführer bekannt gegeben, die Uhr auf Lagerzeit gestellt. Die gesamte Lagermannschaft stand noch einmal vorm Zubettgehen geschlossen zusammen. 9 Uhr war bereits Zapfenstreich, denn man mußte am anderen Morgen sehr zeitig wieder munter sein.

(Schluß folgt.)

Briand hatte Unterredungen mit dem amerikanischen Botschafter Edge sowie mit den Außenministern Polens und Spaniens.

Schuldennachlaß bei Abrüstung.

Senkung der Rüstungsausgaben um 25 Prozent bei gleichzeitiger Halbierung der Schuldentilgungen?

— Paris, 5. Oktober

In Ergänzung der Meldungen über einen bevorstehenden neuen Schritt der Vereinigten Staaten behauptet die radikale „Republique“, der amerikanische Präsident Hoover beabsichtige, dem französischen Ministerpräsidenten Laval bei seinem Besuch in Washington folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Herabsetzung der deutschen, englischen und französischen Rüstungsausgaben um 25 Prozent bei gleichzeitiger Senkung der Kriegsschulden um 50 Prozent. Es sei klar, fügt die „Republique“ vorsichtig hinzu, daß dieser Vorschlag noch nicht endgültig formuliert sei; aber andererseits würde sie doch sehr überrascht sein, wenn französische Regierungsmitglieder behaupten wollten, daß seit zwei Tagen gewisse private Besprechungen im Gange seien, um Frankreichs Ansicht über diese Fragen kennenzulernen.

Offenbar handelt es sich hier um einen französischen Versuchsballon. Denn daß den Amerikanern etwa verborgen geblieben sein sollte, daß Deutschland als entwaffnetes Land in den Rüstungsausgaben nicht Frankreich und England gleichgestellt werden kann, ist wohl kaum anzunehmen. Die Kürzung der englischen, französischen und deutschen Heeresausgaben um je ein Viertel würde schließlich nicht nur Deutschland weit schwerer treffen als die beiden anderen Länder, sondern dieses Verfahren würde auch dadurch, daß es die Rüstungen dieser Mächte als verhältnismäßig große Größen hinstellt, die Abrüstungskonferenz nur erneut vorbelasten. Und das wird sicher nicht im Sinne Hoovers sein.

Kanzler-Erklärung im Reichsrat.

Beginn der zweiten Lesung der Notverordnung im Kabinett.

— Berlin, 5. Oktober.

Der Reichskanzler beabsichtigt, die neue Notverordnung in einer öffentlichen Vollziehung des Reichsrats in Anwesenheit der Ministerpräsidenten der deutschen Länder bekannt zu geben und in längeren Ausführungen zu erläutern. Voraussichtlich werden sich auch der Reichsarbeitsminister, der Reichsfinanzminister und Vertreter der übrigen an der Notverordnung beteiligten Ressorts zu den einzelnen Bestimmungen im Reichsrat äußern. Die Reichsratsitzung, die in diesem Falle nicht in dem alten Bundesratssaal, sondern in dem großen Saal des Haushaltsausschusses des Reichstages stattfindet, ist zunächst für Dienstag vorgeesehen. Dieser Termin steht jedoch noch nicht endgültig fest, da sich möglicherweise die Fertigstellung der Notverordnung noch um einen Tag verzögern kann.

Im Verlaufe des heutigen Montags werden die Ministerien die vom Kabinett beschlossenen Änderungen in die einzelnen Entwürfe hineinarbeiten, so daß dann in einer zweiten Lesung die letzte Hand an die Notverordnung gelegt werden kann. Die außerpolitische Aussprache soll ebenfalls am heutigen Montag weitergehen.

Nationalsozialistische Beschlüsse

Mittrauensantrag gegen das Gesamtkabinett — Gemeinsames Vorgehen der Rechtsparteien.

Der Vorstand der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion hielt im Reichstag eine Sitzung ab und stimmte dabei dem Vorschlag eines gemeinsamen Vorgehens der Rechtsparteien in der Form zu, daß zwar nicht gemeinsame, aber doch gleichlautende Anträge im Parlament eingebracht werden.

Zu der bevorstehenden großen politischen Aussprache wird zunächst nur ein Mittrauensantrag gegen das Gesamtkabinett gestellt werden. Von einem Mittrauensvotum gegen Reichsaussenminister Dr. Curtius im besonderen, wie es die Nationalsozialisten gleichfalls in Aussicht genommen hatten, wird mit der Begründung Abstand genommen, Dr. Curtius habe nach den Richtlinien gehandelt, für die der Reichskanzler selbst die Verantwortung trage.

Sollte der Mittrauensantrag gegen das Gesamtkabinett abgelehnt werden, so wollen die Nationalsozialisten auch für den kommunalistischen Mittrauensantrag gegen Minister Curtius stimmen.

Ferner beschloß der Fraktionsvorstand, die Gesamtfraktion für den 13. Oktober vormittags, einige Stunden vor Beginn der ersten Plenarsitzung des Reichstages, einzuberufen. Die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Rechtsparteien scheint jetzt bevorzustehen. Dieser Arbeitsgemeinschaft werden nicht nur die parlamentarischen Vertretungen der Rechten, also die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die drei aus der Landvolk-Fraktion ausgeschiedenen Reichstagsabgeordneten angehören, sondern auch eine Anzahl außerhalb des Parlaments stehender Verbände.

Nach vor dem Zusammentritt des Reichstages wird voraussichtlich eine gemeinsame Besprechung über die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft stattfinden.

Berkleinerung der Goldbedeckung?

— Basel, 5. Oktober.

Der Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Quenay, hat einen Vorschlag zu einer allgemeinen Herabsetzung der Goldbedeckung des Notenumlaufs der Zentralbanken auf 20 Prozent gegenüber einem Normalmaß von 40 Prozent ausgearbeitet, der voraussichtlich in der bevorstehenden Verwaltungsratsitzung der BIZ am 12. Oktober zur Sprache gebracht werden wird. Durch diese Herabsetzung der Goldbedeckung, deren Durchführung naturgemäß nur diskutabel wäre, wenn sich alle Länder, vor allem also auch Frankreich und die Vereinigten Staaten dem Plane anschließen, wäre eine Vergrößerung des Geldumlaufs möglich, ohne daß der Goldmangel einzelner Notenbanken dem entgegenstände.

„Belgischer Tag“.

Die flämisch-wallonische Schlacht in Hasselt.

— Brüssel, 4. Oktober. Der „Belgische Tag“ in Hasselt hat sich zu einer wahren Schlacht zwischen Flamen und Wallonen entwickelt; die Gendarmerie durchzieht in starken Patrouillen die Straßen. Man berichtet, daß die Zahl der Verletzten an 100 herankomme. Ein Sonderzug, der von Gent kam, wurde bei Krenpt von flämischen Bauern und Studenten mit Steinen und Flaschen beworfen. Zahlreiche Scheiben gingen in Trümmer. Die Zahl der durch Glasplitter und Wurfgeschosse verwundeten Zuginsassen ist groß. Als am Nachmittag der Festzug der 25 000 Patrioten sich in Bewegung setzte, wurde er von den Zuschauern mit feindlichen Zurufen empfangen. Man rief: „Es lebe Flandern, nieder mit Belgien“ und sang die flämische Nationalhymne. An vielen Stellen gelang es den Flamen, trotz der Gendarmeriesicherung, den Zug zu durchbrechen. Aus den Obergeschossen des flämischen Hauses wurden Flaschen und Gläser geworfen. Die Gendarmerie mußte das Haus stürmen und die Flamen auf den Hof drängen. Junge Flamen hielten die belgischen Fahnen von den Häusern herunter und verbrannten sie unter Absingen flämischer Lieder. Das Gerät zur Uebertragung der Ansprachen auf den Rundfunk wurde von der wütenden Menge zerstört. Am Abend beherrschten die Flamen vollkommen das Feld, nachdem die Wallonen abgezogen sind.

Japanische Bombenangriffe.

Mehrere chinesische Kasernen zerstört — Etwa 200 Todesopfer? — Tokio, 5. Oktober

Japanische Flugzeuge haben auf chinesische Kasernen an der Bahnlinie nach Mukden Bomben abgeworfen. Die Kasernen sollen vollständig zerstört worden sein. Die Zahl der Todesopfer wird mit 200 angegeben. Die Landstriche östlich von Mukden sind wiederholt von chinesischen Banditen geplündert worden.

Nach der Stadt Niutschwang, die von Banditen in Brand gesteckt worden ist, wurde eine Abteilung japanischer Truppen und Polizei entsandt, um die japanischen Einwohner der Stadt in Sicherheit zu bringen. Ein japanisches Flugzeug wurde beschossen und mußte bei Hattcheng notlanden. Die Ordnung in der Stadt ist inzwischen wieder hergestellt.

Von russischer Seite werden die Meldungen über die Ueberbreitung der mandchurischen Grenze durch russische Kavallerie und Panzerautos als unzutreffend bezeichnet. Auch Vorbereitungen zur Grenzüberschreitung seien nicht im Gange. Der japanische Botschafter in Moskau, Hirota, hatte eine längere Unterredung mit dem russischen Volkskommissar Litwinow.

Kabinettsrat über Genf.

Kanzler-Vortrag beim Reichspräsidenten — Vorbereitung der Wirtschaftskommission.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichskanzler Dr. Brüning und nahm einen Bericht über den Stand der Kabinettsarbeiten entgegen. Der Reichsaussenminister erstattete der Reichsregierung einen ausführlichen Bericht über die diesjährige Genfer Tagung des Völkerbundes. An dem Bericht, der die Vorgänge in der Völkerbundsversammlung, im Völkerbundsrat und in den Ausschüssen umfaßte, schloß sich eine eingehende Aussprache. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Inzwischen schreiten auch die Arbeiten an der Einsetzung der deutsch-französischen Kommission fort. Die deutschen Vertreter sind bisher nicht ernannt worden. Es handelt sich hier, da die Kommission eine Reihe verschiedenster Wirtschaftspragen zu erörtern hat, um etwa 40 bis 50 Sachverständige, von denen ein kleinerer Kreis jeweils für das ihn interessierende Fachgebiet hinzugezogen werden soll. Als Arbeitnehmervertreter, von denen sechs dem der Konferenz zur Verfügung stehenden Gremium angehören, sind vom ADGB zwei benannt worden und zwar Tarnow und Eggert. Die Auswahl der Kommissionsmitglieder dürfte kaum vor Ende der Woche erfolgen.

Doch Kanzlerreise nach Amerika?

„Die Rückfrage mit Laval wird bedeutsame Folgen zeitigen.“

— Washington, 5. Oktober.

Der Direktor des Republikanischen Parteibüros — d. i. die Partei des Präsidenten Hoover — betonte in einer Rundfunkrede, die Rückfrage Hoovers mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval werde zweifellos bedeutsame Folgen zeitigen. Lucas fuhr dann wörtlich fort: „Nach dem Besuch dieses großen französischen Staatsmannes wird, wie man erwartet, der deutsche Kanzler Gast des Präsidenten sein, und auch er wird mit seinem Gastgeber eine Besprechung haben, die sicherlich von großer Bedeutung für die ganze Welt sein dürfte.“

Obwohl die Zeitungen diese Auslassungen über den Besuch Brünings in großer Aufmerksamkeit melden, besteht doch allgemein die Anschauung, daß Lucas lediglich eine parteipolitische Wahlrede gehalten hat, ohne im Auftrage des Weißen Hauses zu sprechen.

Dänische Großbank in Schwierigkeiten.

„Solid, aber nicht liquid!“

— Kopenhagen, 5. Oktober.

„Handelsbanken“, die größte der drei dänischen Großbanken, ist in Schwierigkeiten geraten. Die dänische Notenbank hat der Bank versprochen, ihre Mittel zur Deckung von eventuellen Abhebungen in dem Umfang zur Verfügung zu stellen, wie Handelsbanken es für notwendig anseht. „Sozialdemokraten“, das Blatt des Ministerpräsidenten Stauning, sagt, man könne von der Annahme ausgehen, daß kein Zweifel an der Solidität der Bank bestehe, wohl aber an ihrer Liquidität.

Goldsendung nach Frankreich.

— Paris, 5. Oktober.

Der aus Neugport in Cherbourg eingetroffene deutsche Dampfer „Europa“ hat 226 Barren Gold im Gewicht von 15 Tonnen gelöst. Sie sind für eine Pariser Bank bestimmt. Eine weitere Goldsendung wird erwartet.

Türkischer Besuch in Griechenland.

— Athen, 5. Oktober.

Der türkische Ministerpräsident Ismet Pascha und der Minister des Äußeren Rüşdi Bey sind an Bord eines Dampfers hier eingetroffen. Das Schiff wurde auf hoher See von griechischen Kriegsschiffen feierlich eingeholt. Alle Schiffe im Piräus hatten zu Ehren des Besuchs gesalutiert und in den Lüften kreuzten 50 Flugzeuge. In seinem Trinkspruch betonte Ministerpräsident Venizelos, Griechen und Türken hätten als erste eine vollkommene Wiederverständigung durchgeführt. Werde dies Beispiel befolgt, werde die Menschheit einer besseren Zukunft entgegengehen.

Reichsarbeitslosenfürsorge

Vom Deutschen Städtetag gefordert.

— München, 5. Oktober.

Der Deutsche Städtetag, der in München zu Beratungen über kommunalpolitische Fragen zusammengetreten war, erörterte dabei auch das Arbeitslosenproblem. Das Hauptgewicht wurde auf die Forderung nach einer kraft- und geldsparenden Zusammenfassung der gesamten Fürsorge zu einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge gelegt. Der Städtetag erwartet, daß die in den nächsten Tagen herauskommende Notverordnung wenigstens dieselben materiellen Grundsätze für die Krisen- und für die Wohlfahrts- und Arbeitslosenfürsorge ausspricht.

Spaltung der Liberalen Partei?

— London, 5. Oktober.

Es hat den Anschein, als ob sich in der englischen Liberalen Partei immer deutlicher Spaltungstendenzen bemerkbar machen. Sir John Simon erklärte, daß er und seine Freunde im Begriff seien, eine eigene liberale Organisation aufzubauen. Unter Bezugnahme darauf meinte Sir Simon, was das Land bringend brauche, sei einmütiges Vertrauen zu dem Premierminister.

Sieben Deutsche freigesprochen.

In einem Wahlprozeß.

— Bromberg, 5. Oktober.

In Neustadt ging ein politischer Prozeß gegen sieben Deutsche aus Nord-Pommern mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagter zu Ende. Die Deutschen waren beschuldigt, während der Wahlen zum polnischen Parlament im Herbst vorigen Jahres durch „Geldzuwendungen“ und „Drohungen“ Personen dazu bewogen zu haben, für die deutsche Kandidatenliste zu stimmen. Der größte Teil der Angeklagten, die damals die deutsche Wahltagung leiteten, saß während der Wahlzeit in Untersuchungshaft, so daß die Wahltagung der Deutschen in Nord-Pommern zum größten Teil lahmgelegt war. Angeklagt waren der Leiter des Sejm-Büros von Nord-Pommern, Kurt Knabe-Dirschau, Raube, Schiemann, Suchetki, Bamberger-Neustadt und die Brüder Tatulinski aus Vinden.

Das Verhör der Angeklagten und der vier „Belaßungszeugen“ bewies die völlige Haltlosigkeit der Anklage, so daß die Verteidigung auf das Verhör der geladenen elf Entlastungszeugen verzichtete. Der Staatsanwalt überließ die Festlegung der Strafe dem Gericht, das nach kurzer Beratung für sämtliche Angeklagte das freisprechende Urteil verkündete. Damit ist einwandfrei erwiesen, daß die Verhaftung der Angeklagten und ihre Festlegung auf Grund falscher Aussagen erfolgt war.

Ruhrstreik flaut ab.

Nur noch drei Zechen von wilden Streiks betroffen.

Die wilden Streiks im Ruhrgebiet flauen stark ab. So fehlten auf Zeche de Werthe von 1410 noch 378 Mann, auf Zeche Friedrich Heinrich von 1710 noch 238 Mann und auf Zeche Norddeutschland von 618 noch 128 Mann, das sind insgesamt nur noch 0,68 Prozent der Belegschaft des Ruhrbezirks gegen 3,88 Prozent in der Morgenschicht des Vortages. In verschiedenen Bezirken des Ruhrgebietes sind jetzt auch die Mitglieder der AGD dazu übergegangen, den Streik abzubrechen. Das geschah auch da, wo sich noch eine größere Mehrheit für Aufnahme des Streiks aussprach.

Die Streiklage im Wurmreiter hat sich zum Teil gebessert, zum Teil verschärft. Auf Grube Wolf, wo bisher rund 100 Mann gestreikt hatten, fehlten bei der letzten Schicht nur noch 20 Mann. Dagegen hat sich auf Zeche Carolus Magnus die Lage verschärft.

Die Polizei hatte, um eine bessere Ueberblick zu haben, einen Zugang zur Zeche abgeperrt und andere durch Scheinwerfer beleuchtet. Zur Nachtschicht waren 60 Prozent der Belegschaft angefahren, zur Frühschicht nur 50 Prozent. Eine Belegschaftsverammlung wurde von der Polizei aufgelöst, weil sie nicht, wie die Notverordnung vorschreibt, 24 Stunden vorher angemeldet war. Die erregte Menge bewarf die Polizei mit Steinen, es sollen auch Schüsse gefallen sein, doch ist niemand verletzt worden.

Rücktritt des Hamburger Senats

— Hamburg, 5. Oktober.

Der Senat der Stadt Hamburg beschloß einstimmig, in seiner Gesamtheit zurückzutreten. Bis zur Wahl des neuen Senats wird der alte die Geschäfte weiterführen. Der Präsident der Bürgerschaft wird das Rücktrittsgesuch der am 21. Oktober zusammentretenden neuen Bürgerschaft vorlegen und die Wahl eines Vorbereitungsausschusses für die Senatswahlen empfehlen.

Berschiedenes.

Theologische Schule, Elberfeld. Die Theologische Schule, Elberfeld, die hier auch früher auf ihren Semesterunterrichtsplan aufmerksam gemacht hat, beginnt ihr Wintersemester wahrscheinlich am 13. Oktober 1931. Näheres darüber soll noch bekannt gegeben werden. Der Unterrichtsplan bringt als **Allgemeinverbindliche Übungen**: „Bibelkunde des Alten und Neuen Testaments. II.“, „Einführung in den Heidelberger Katechismus. II.“, „Gestalt und Lebenswerk Huldreich Zwingli.“

Vortragende sind: Pastor Weber, Dr. Graffmann, D. Gasse.

Teilweise verbindliche Übungen: Einführung in das Theologische Studium II; Einführung in „Kants Prolegomena“; Rierkegaards „Einführung in Christentum“.

Nicht verbindliche Übung: Grundzüge der Missionsgeschichte. Missionsinspektor Biering. Außerdem sprachliche Fortbildungskurse: Latein, Griechisch, Hebräisch. Anmeldung für das Semester erfolgt durch Ausfüllung eines von der Kanzlei der Theologischen Schule, Wuppertal-Elberfeld, Hermannstr. 42, anzufordernden Anmeldebogens.



Ich kenne Henko und bleibe dabei!

Henko ist nicht nur zum Einweichen der Wäsche, die ideale Hilfe, auch zum Putzen

und Scheuern von Haus- und Küchengerät nehme ich es gern. Und ganz besonders schätze ich in

Henko das gute Mittel, hartes Wasser weich zu machen. Seit über **50** Jahren kenne

ich Henko und bleibe dabei!

Henko

zum Weichmachen des Wassers zum Einweichen der Wäsche!

Was sich seit 50 Jahren bewährt hat, muß gut sein!

Ruth Kampffmeyer
Otto Döring, Stud.-Ref.

Verlobte

Berbigsdorf b. Hirschberg i. R.
Pfarrhaus

Berlin-Wittenau
Dauerstr. 28

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen*).

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. Nichtzutreffendes streichen.

Der diesjährige

Heidschnuckenlammfleisch-Versand

hat begonnen. Postpaket 1/2 Braten, 1/2 Kochfleisch eins. h. Porto und Verpackung 8,50 M. Größere Mengen, Bahnversand, Angebot auf Anfrage.

Arbeiter - Kolonie, Freistadt, Kr. Sulingen (Prov. Hannover).

In jedem evangelischen Hause

mit Rundfunkanschluß muß das richtige Rätebuch durch die Sendeprogramme vorhanden sein. Die einzige auf evangelischer Grundlage aufgebaute Rundfunk-Programmschrift ist

„Der Rundfunkhörer“

Er bietet:

Ausführliche Programmübersicht aller Sender, orientierende Artikel, Unterhaltungstexte, Post- und Rätseltexte, gute Bilder

Er kämpft:

Gegen Verdrängung des Rundfunks für evangelischen Rundfunkwillen

Er kostet:

Reichsausgabe (48 Seiten stark) monatlich nur 90 Pfg. (zuzügl. 6 Pfg. Postbestellgeld) Probeheft umsonst vom Verlag Hamburg 1, Gr. Bäckerstraße 5-7

Jeder neue Bezugsnehmer erhält die evang. Rundfunkfront

Insrieren bringt Gewinn!

Leichtlungenfranke u. Erholungsbedürftige

finden liebevolle Aufnahme bei zeitgem. Preise. Stegehallen am Walde, Zentralheizung usw.

Kurheim Frau Dr. Brandner, St. Wästen.

Dauermieter

oder ein bis zwei j. Mädchen, Erlernung guter Küche finden bei möglichem Pensionspreis

Aufnahme

in ruhigem, kl. Villenhaus. Für Erholungsgäste Tagespreis 3,75 bis 4 Mk. Gesunder Aufenthalt, nahegeleg. schöne Spaziergänge.

Hr. von Otterstedt, Ballenstedt-Garz, Post-Str. 61.

Einige gebrauchte, moderne

Pianos

von Mk. 550,— an, selten günstig abzugeben.

FESTING

PIANOFORTEFABRIK

Restlose

Gähneraugenvertilgung

durch

Schmerz laß nach

Tube 50 Pfg., 2 Tuben franko, Doppelfußbad dazu 40 Pfg.

Reformhaus Eden, Bielefeld, Neustädterstraße 8.

Postfachkonto: Hannover 65596.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, kein Männerchor.

Märchenstunde für Kinder am Mittwoch, den 7. Oktober, nachmittags 4 Uhr. (Vichtbilder). „Ali Baba und die 40 Räuber“ und andere. 10 Pfennig mitbringen.

— Am Mittwoch, d. 7. Oktober 3½ Uhr Frauenhilfe im Appellraum.

— Missionsnähren. Am Mittwoch, 7. Oktober, nachm. 3½ Uhr, ist Missionsnähren im Großen Hofspiz. Frau Dr. Müller aus Bumbuli wird aus ihrer Arbeit erzählen. Ich bitte herzlich um zahlreiche Beteiligung.

Lina Trittelwig.

Schriftleitung: B. Kraus; Wirtschafts- und Volkspolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.